

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum
am 11.06.2015

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld,
Löschabteilung Gadderbaum/Bethel, Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende:

Frau Pfaff

CDU

Herr Kögler

Frau Maler

Herr Weigert

SPD

Frau Gerdes

Herr Heimbeck

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Althoff

Herr Brunnert

Frau Herting

Frau Osei

Frau Pfaff

FDP

Herr Spilker

Entschuldigt fehlen:

Frau Metten-Raterink (Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Schneider (SPD)

Frau Thiel-Youssef (Die Linke)

Herr Witte (BfB)

Externe Gäste/Von der Verwaltung:

Herr Heinrich, Leiter St. Pius Pflege und Wohnen

Frau Bueren, Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Herr Glasl, Amt für Verkehr

Herr Hellermann, Bezirksamt Brackwede
 Frau Trüggelmann, Bezirksamt Brackwede
 Frau Imkamp, Bezirksamt Brackwede, Schriftführerin

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Bezirksbürgermeisterin Pfaff begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur heutigen 10. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

Änderung der Tagesordnung:

Frau Pfaff merkt zur Tagesordnung an, dass TOP 11 „Verkehrsregelungen zu Parksituationen in „engen Straßen“ von der Tagesordnung abgesetzt werden müsse, da die Vorlage nicht vorliege. Zu TOP 8 „230. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bielefeld“ liege eine Nachtragsvorlage (Drs.-Nr. 1197/2014-2020/1) vor, die die ursprüngliche Beschlussvorlage informell ergänze. Die Tagesordnung müsste somit um den entsprechenden Punkt 8.1 erweitert werden. Des Weiteren seien einige Berichterstatter termingebunden, weshalb die Punkte 5, 6 und 7 vorgezogen werden sollten, sobald die Berichterstatter anwesend seien.

Beschluss:

1. Punkt 11 „Verkehrsregelungen zu Parksituationen in engen Straßen“ wird von der Tagesordnung abgesetzt.
2. Die Tagesordnung wird um Punkt 8.1 „230. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bielefeld – Nachtragsvorlage“ erweitert.
3. Der Tagesordnungspunkt 7 „Verbindliche Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2015 bis 2017“ wird nach Punkt 3 und die Punkte 5 „Betheleck – Maßnahmen der Unfallkommission“ und 6 „Anlage von Radverkehrsanlagen im Knoten Artur-Ladebeck-Straße/Gadderbaumer Straße“ nach Punkt 7 behandelt.

-einstimmig beschlossen-

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum

Sieglinde Brinkmann, Eggeweg 4:

Wie kann die verkehrliche Situation in der Deckertstraße zwischen Eggeweg und Am Großen Feld, insbesondere was die Vielzahl parkender KfZ anbelangt, verbessert werden?

Frau Pfaff sichert eine Antwort durch die Fachverwaltung bis zur nächsten Sitzung zu.

Zu Punkt 1.1 **Sperrung der Friedrich-List-Straße**

Frage in der Sitzung vom 30.04.2015:

Wie lange dauert die Sperrung der Friedrich-List-Straße noch an?

Frau Pfaff teilt dazu die Antwort des Amtes für Verkehr mit:

Zunächst seien Leitungsverlegungsarbeiten der Stadtwerke Bielefeld GmbH in der Friedrich-List-Straße erfolgt, die in der 20. KW abgeschlossen worden seien. Im Anschluss würden noch Umlegungsarbeiten der Telekom erfolgen und ab Ende Juni würden die Kanal- und Straßenbauarbeiten in der Friedrich-List-Straße beginnen, die bis voraussichtlich Ende November 2015 andauern.

Der Bürger aus der entsprechenden Einwohnerfragestunde sei darüber bereits schriftlich informiert worden.

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 9. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 30.04.2015**

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 9. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 30.04.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Herr Hellermann verweist auf die vorliegenden Mitteilungen:

Fällung einer Hemlocktanne im Botanischen Garten

Der Umweltbetrieb teile mit, dass die neben der Terrasse des Gartenhofs stehende Hemlocktanne habe gefällt werden müssen. Seit einiger Zeit sei umfangreicher Nadelverlust zu beobachten gewesen. Die Rinde am Stammfuß sei nicht mehr mit dem darunter liegendem Holz verbunden gewesen; Weißfäule im oberen Holzbereich sowie nässende Stellen am Stammfuß und Schaft wiesen auf eine erhebliche Schädigung des

Baumes hin. Da es sich um einen Baum gehandelt habe, der das Bild des Botanischen Gartens entscheidend mitgeprägt habe, sei zudem ein externer Gutachter beauftragt worden, den Schaden zu untersuchen. Der Gutachter habe das Ergebnis bestätigt, dass der Baum nicht mehr verkehrssicher gewesen sei und zeitnah gefällt werden musste.

Herr Spilker habe dazu bereits im Vorfeld der Sitzung folgende Fragen gestellt:

Hat der Umweltbetrieb die nicht die gutachterliche Kompetenz unter den eigenen Mitarbeitern?

Gibt es in diesem Falle eine zwingende rechtliche Vorgabe, gegen Honorar einen externen Gutachter hinzuzuziehen?

Hat der Gutachter auch Handlungsanweisungen zu Papier gebracht, wie eine solche Erkrankung

hätte vermieden werden können oder ging es nur um eine neutrale protokollarische Feststellung des Sachverhaltes?

Der Umweltbetrieb nehme dazu wie folgt Stellung:

In der Abteilung Grünunterhaltung sei natürlich die Fachkompetenz vorhanden, um die rd. 123.000 Bäume der Stadt Bielefeld fachgerecht zu kontrollieren und zu pflegen. Aufgrund der Anfragen der Politik aus jüngster Vergangenheit würden aber gerade bei prägenden Bäumen – und diese Hemlocktanne sei ein überaus prägender Baum für den Botanischen Garten gewesen – noch weiterer Sachverstand hinzugezogen.

Damit würde zum einen die Einschätzung der Fachleute untermauert, zum anderen sei aber auch größerer Fachverstand vor Ort, wenn es um eine potentiell mögliche Sanierung des Baumes ginge. Im vorliegenden Fall sei die Hoffnung gewesen, dass über eine Schalltomographieuntersuchung noch eine Restwandstärke nachgewiesen hätte werden können, so dass ggf. Sanierungen noch möglich gewesen wären. Eine Untersuchung sei seitens des Gutachters nicht für nötig erachtet worden, so dass auf diese Ausgaben verzichtet worden sei. Der Gutachter habe aus diesem Grund lediglich unsere Einschätzung schriftlich bestätigt.

Diesem Vorgehen liege keine rechtliche Vorgabe zugrunde, aber das Bestreben der Abteilung gerade für den Erhalt dieser prägenden Bäume alles zu tun.

Der Gutachter habe über die Gründe für das Absterben der Hemlocktanne nur mutmaßen können, er habe ggf. Baumaßnahmen aus der Vergangenheit (Kanalbau vor rd. 10 Jahren) als Grund für die Entstehung des Pilzbefalls genannt.

Umgestaltung von Straßenbegleitgrün Ellerbrocks Feld

Der Umweltbetrieb Abteilung Grünunterhaltung teile folgendes mit:

Das Straßenbegleitgrün an der Straße Ellerbrocks Feld sei vor ca. acht Jahren durch den damaligen Investor auf Grundlage einer Planung des Büro Ehrig neu angelegt worden. Seit dieser Zeit hätten sich in den Flächen trotz verschiedener Pflegemaßnahmen zunehmend Dauerunkräuter wie z.B. Quecke ausgebreitet, die mit herkömmlichen Methoden nicht in den Griff zu bekommen seien.

Die Abteilung Grünunterhaltung plane für den kommenden Herbst die Flächen am Übergang zwischen dem Spielplatz Dornhecken/ Hegede und dem unteren Bereich Bokenweg/ Reepeweg umzugestalten. Hierzu sollten die vorhandenen Flächen, die aktuell flächig mit Kartoffelrosen bepflanzt seien, gerodet und ca. 30-40 cm tief ausgekoffert werden. Die vorhandenen Straßenbäume blieben erhalten.

Der verunkrautete Boden werde ausgetauscht und mit einzelnen Gehölzen locker neu bepflanzt. Der überwiegende Teil der Flächen solle in Rasenfläche umgewandelt werden.

Die Maßnahme diene der Verbesserung des Erscheinungsbildes und lasse sich über konventionelle Pflegemaßnahmen nicht gewährleisten.

Überprüfung eines möglichen Halteverbots an der Straße Am Ellerbrocks Hof

Das Amt für Verkehr teile mit, dass ein Bürger die Prüfung eines Halteverbotes Am Ellerbrocks Hof zwischen der Einmündung Ellerbrocks Feld und der Fahrbahnverengung angeregt habe.

(Verkehrszeichen könnten unter Berücksichtigung des § 45 Abs. 9 Straßenverkehrsordnung (StVO) angeordnet werden. Hier sei geregelt, dass Verkehrszeichen und Einrichtungen nur dort anzubringen seien, wo dies aufgrund der besonderen Umstände zwingend geboten sei. Es dürften nur dort Verkehrszeichen angebracht werden, wo „aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Beeinträchtigung der in § 45 StVO genannten Rechtsgüter erheblich übersteigt“.)

Unter diesen Voraussetzungen habe sich das Amt für Verkehr die Einmündung gemeinsam mit dem Baulastträger und dem Fachbereich Verkehrsunfallprävention und Opferschutz der Polizei angesehen. Übereinstimmend sei vor Ort festgehalten worden, dass keine Ermächtigungsgrundlage bestehe, verkehrlich tätig zu werden: Bei der Örtlichkeit handele es sich um eine Rechts-vor-Links geregelte Einmündung in einer Tempo 30-Zone. Die Sichtbeziehungen aus dem Ellerbrocks Feld in die Straße Am Ellerbrocks Hof seien nicht eingeschränkt. Die Sicht sowohl nach links als auch nach rechts, sei ausreichend. Die Unfallstatistik an der Einmündung sei ebenfalls unauffällig. Ein Halteverbot konnte daher nicht angeordnet werden.

„Artesischer Brunnen“ am Regenrückhaltebecken Bolbrinker

Der Umweltbetrieb teile auf Nachfrage von Herrn Spilker mit, dass der sog. Artesische Brunnen am Regenrückhaltebecken Bolbrinker in Betrieb genommen würde, sobald die offizielle wasserrechtliche Genehmigung der Unteren Wasserbehörde vorliege. Die Erteilung der Genehmigung sei zeitnah zu erwarten. Im Übrigen werde der Brunnen direkt aus der Lutter gespeist und stehe technisch in keinerlei Zusammenhang zum Regenrückhaltebecken. D. h. allerdings auch, dass wenn die Lutter in diesem Bereich während eines heißen Sommers trocken fallen sollte, dann kein Wasser fließen würde.

Frau Pfaff teilt mit:

Lärmaktionsplan der Stadt Bielefeld

Damit die Stadt leiser werde, erstelle die Stadtverwaltung alle fünf Jahre einen Lärmaktionsplan mit langfristigen Zielen zur Lärminderung. Bielefeld-wird-leiser.de sei die Informations- und Beteiligungsplattform zur Lärmaktionsplanung der Stadt Bielefeld. Unter "Mitmachen" könne man sich vom 20.05.-17.06.2015 beteiligen und Hinweise geben, wie Bielefeld leiser werden könnte.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

--.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Planung und Ausbau ÖPNV

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0865/2014-2020

Antrag der SPD-Fraktion:

1. Die Bezirksvertretung Gadderbaum befürwortet die Anbindung der Sennestadt/ Eckardtsheim an das Stadtbahnnetz, weil dadurch gegenseitig die Erreichbarkeit der beiden Stadtbezirke verbessert wird.

2. Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, für die Anbindung der Sennestadt/ Eckardtsheim an das Stadtbahnnetz eine integrierte Planung zu entwickeln, die auch für die Haltestellen Bethel und Friedrich-List-Straße und deren straßenverkehrliches Umfeld eine Verbesserung für alle Straßenverkehrsteilnehmer gewährleistet.

Herr Heimbeck erklärt, dass er den Antrag zurückziehe und verweist stattdessen auf den aktualisierten Antrag seiner Fraktion „Planung einer Stadtbahnverlängerung nach Sennestadt“ mit der Drs.-Nr. 1651/2014-2020 (Anmerkung der Schriftführerin: s. TOP 4.2).

Der Antrag wird von der SPD-Fraktion zurückgezogen.

--.-

Zu Punkt 4.2 Planung einer Stadtbahnverlängerung nach Sennestadt

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1651/2014-2020

Antrag der SPD-Fraktion:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum begrüßt die Planung einer Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 von Senne bis nach Sennestadt sowie

die Einrichtung von barrierefreien Bahnsteigen auf der gesamten Strecke und die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet den Stadtentwicklungsausschuss Entsprechendes zu beschließen, sodass die Verwaltung und moBiel die Maßnahmen bis zur Planreife entwickeln können.

Herr Heimbeck begründet den Antrag und weist insbesondere darauf hin, dass die v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel diesen ausdrücklich unterstützen und die Verlängerung nach Sennestadt begrüßen würden.

Herr Spilker merkt an, dass er dem Antrag nicht zustimmen könne, weil er als Gadderbaumer Bezirksvertreter nicht für eine Linienverlängerung nach Sennestadt stimmen könne. Obwohl er sich inhaltlich dem Beschlussvorschlag zwar anschließen könnte, sehe er bezüglich der Zuständigkeiten formale Schwierigkeiten. Zudem fragt er, ob der Ausbau der Linie 1 dann in Hochflurtechnik erfolgen würde.

Herr Brunnert macht darauf aufmerksam, dass diese Frage erst im Rahmen der Planungen überprüft werden könne.

Anschließend stellt Frau Pfaff den Antrag zur Abstimmung und es ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum begrüßt die Planung einer Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 von Senne bis nach Sennestadt sowie die Einrichtung von barrierefreien Bahnsteigen auf der gesamten Strecke und die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet den Stadtentwicklungsausschuss Entsprechendes zu beschließen, sodass die Verwaltung und moBiel die Maßnahmen bis zur Planreife entwickeln können.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4.3 Weiterentwicklung des ÖPNV in Gadderbaum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1652/2014-2020

Antrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt und moBiel gebeten, die Planung des öffentlichen Personennahverkehrs für Gadderbaumer Nutzerinnen und Nutzer weiter zu führen.

Herr Heimbeck begründet die Intention für den Antrag.

Herr Brunnert beantragt, dass bei dem Punkt „Abstellmöglichkeiten für Fahrräder“ mind. je zwei Abstell-„Bügel“ an den Stadtbahnhaltestellen

Bethel, Friedrich-List-Straße und Eggeweg auf jeder Seite der Fahrbahn (stadteinwärts und stadtauswärts) montiert werden.

Sodann fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt und moBiel gebeten, die Planung des öffentlichen Personennahverkehrs für Gadderbaumer Nutzerinnen und Nutzer weiter zu führen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4.4 Förderung des Radverkehrs in Gadderbaum

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1659/2014-2020

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, Aufstellflächen für Fahrradfahrer an folgenden Stellen auf der Fahrbahn zu markieren:

- *Artur-Ladebeck-Straße Richtung Brackwede, Kreuzung Quellenhofweg, auf der Geradeaus- und Linksabbiegerspur Richtung Quellenhofweg*
- *Quellenhofweg, Kreuzung Artur-Ladebeck-Straße, auf der Geradeaus- und Linksabbiegerspur Richtung Brackwede*
- *Friedrich-List-Straße, Kreuzung Artur-Ladebeck-Straße, für Geradeausfahrer Richtung Quellenhofweg und Linksabbieger Richtung Innenstadt*
- *Artur-Ladebeck-Straße Richtung Brackwede, Kreuzung Sandhagen, auf der Linksabbiegerspur Richtung Sandhagen und der Geradeausspur Richtung Brackwede*
- *Eggeweg, Kreuzung Artur-Ladebeck-Straße, für Linksabbieger Richtung Brackwede und Geradeausfahrer Richtung ThyssenKrupp Schulte GmbH*

Herr Heimbeck begründet den Antrag und weist insbesondere darauf hin, dass mit den beantragten Maßnahmen das Fahrradfahren mit der Fahrtrichtung ansprechender werden solle.

Herr Brunnert ergänzt, dass nicht nur Aufstellflächen an den genannten

Stellen markiert werden sollten, sondern dass auch die Lichtsignalanlagen entsprechend anzupassen seien und beantragt, den Beschlussvorschlag entsprechend zu erweitern.

Sodann stellt Frau Pfaff den vom ursprünglichen Antragstext abweichenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung und es ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung, Aufstellflächen für Fahrradfahrer an folgenden Stellen auf der Fahrbahn zu markieren:

- **Artur-Ladebeck-Straße Richtung Brackwede, Kreuzung Quellenhofweg, auf der Geradeaus- und Linksabbiegerspur Richtung Quellenhofweg**
- **Quellenhofweg, Kreuzung Artur-Ladebeck-Straße, auf der Geradeaus- und Linksabbiegerspur Richtung Brackwede**
- **Friedrich-List-Straße, Kreuzung Artur-Ladebeck-Straße, für Geradeausfahrer Richtung Quellenhofweg und Linksabbieger Richtung Innenstadt**
- **Artur-Ladebeck-Straße Richtung Brackwede, Kreuzung Sandhagen, auf der Linksabbiegerspur Richtung Sandhagen und der Geradeauspur Richtung Brackwede**
- **Eggeweg, Kreuzung Artur-Ladebeck-Straße, für Linksabbieger Richtung Brackwede und Geradeausfahrer Richtung ThyssenKrupp Schulte GmbH**

und die Lichtsignalanlagen entsprechend anzupassen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

Betheleck - Maßnahmen der Unfallkommission

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1630/2014-2020

(Anmerkung der Schriftführerin: Dieser Punkt wurde behandelt nach TOP 7; Beschlussfassung s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

Herr Glasl, Amt für Verkehr, erläutert die Informationsvorlage und geht im Anschluss auf Fragen aus der Bezirksvertretung ein.

Herr Spilker zeigt sich erfreut, dass „stadtinternes Know-how“ zur Entwicklung von Lösungsstrategien eingesetzt, und kein kostenintensives externes Gutachten beauftragt worden sei.

Herr Brunnert merkt an, dass die geplanten Maßnahmen für die Fußgängerinnen und Fußgänger eine absolute Verbesserung darstellen würden. Mögliche Nachteile für den Kfz-Verkehr hielten sich in seinen Augen in einem vertretbaren Rahmen. Er befürchte allerdings, dass die „Anfangs-Phase“, wenn alle Maßnahmen umgesetzt worden seien, problematisch werden könnte, da sich die dort verkehrenden Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer zunächst auf die veränderten Regelungen einstellen müssten.

Herr Glasl nimmt diese Sorge auf und weist in diesem Zusammenhang bereits darauf hin, dass Maßnahmen getroffen würden, um z.B. durch Markierungen und entsprechende Beschilderungen auf die geänderten Vorfahrtsregelungen hinzuweisen.

Die gesamte Bezirksvertretung bedankt sich bei Herrn Glasl für die vorgestellten Planungen und die Ausarbeitung der kleinteiligen Maßnahmen, die schlussendlich ein schlüssiges und überzeugendes Gesamtkonzept ergäben. Die Bezirksvertretungsmitglieder sind überzeugt, dass mit dem Maßnahmenbündel eine Reduzierung der Unfälle, sowie eine übersichtlichere und sichere Verkehrssituation für alle Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer einhergingen.

Auf Vorschlag von Frau Pfaff ergeht sodann folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und begrüßt eine zeitnahe Umsetzung der geplanten Maßnahmen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

**Anlage von Radverkehrsanlagen im Knoten
Artur-Ladebeck-Straße / Gadderbaumer Straße**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1631/2014-2020

Herr Glasl, Amt für Verkehr, führt in die Vorlage ein und beantwortet im Anschluss Verständnisfragen aus der Mitte der Bezirksvertretung.

Auf Nachfrage von Herrn Brunnert erklärt er, dass es wirtschaftlicher sei, die Ausführung der beiden geplanten Vorhaben „Umsetzung der Maßnahmen am Beteleck“ sowie die „Anlage von Radverkehrsanlagen im Knoten Artur-Ladebeck-Straße/Gadderbaumer Straße“ in einen gemeinsamen Zeitraum zu legen, da sie einander teilweise bedingen würden. In diesem Zusammenhang weist er auch darauf hin, dass die Anpassung einer Lichtsignalanlage extrem aufwändig sei.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen:

Der Ergänzung der Markierung von Radverkehrsanlagen im Knoten Artur-Ladebeck-Straße / Gadderbaumer Straße und Anpassung der Lichtsignalanlage entsprechend der Planung (Anlage zur Vorlage) wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

Verbindliche Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2015 bis 2017

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1576/2014-2020

(Anmerkung der Schriftführerin: Dieser Punkt wurde behandelt nach TOP 3; Beschlussfassung s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

Frau Bueren, Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention, präsentiert die verbindliche Bedarfsplanung anhand einer PowerPoint-Präsentation und geht im Anschluss näher auf die Situation im Stadtbezirk Gadderbaum ein.

Herr Kögler berichtet in Bezug auf Einflussfaktoren im Bereich der stationären Pflege von positiven Erfahrungen mit osteuropäischen Haushaltskräften, sofern diese in einem seriösen Arbeitsverhältnis angestellt seien.

Herr Heimbeck hinterfragt, wie nun mit den festgestellten Ergebnissen der Bedarfsberechnung umgegangen werde und welche Steuerungsinstrumente die Stadt Bielefeld nutzen könne, um die gesetzten Ziele zu erreichen.

Herr Brunnert merkt kritisch an, dass der Zeitraum für die verbindliche Bedarfsplanung bis 2017 zu kurzfristig angesetzt sei. Eine langfristige Prognose bis beispielsweise 2025 erachte er als sinnvoller, zumal neue Vorhaben auch eine gewisse Vorlaufzeit benötigen würden.

Frau Bueren erläutert in Bezug auf die konkreten Steuerungsmöglichkeiten der Stadt, dass durch einen möglichen Beschluss des Rates Voraussetzungen geschaffen werden, um die Planungs- und Steuerungsverantwortung für den Bereich der Pflegeinfrastruktur zu stärken. Eine Unterversorgung der Pflegebedürftigen könnte frühzeitig erkannt, und eine Überversorgung vermieden werden. Als konkretes Beispiel dafür führt sie an, dass bei fehlendem räumlichem Bedarf an Pflegeeinrichtungen auch keinerlei Fördergelder gewährt werden würden. Strittig sei im Falle einer Unterdeckung an Plätzen allerdings, inwiefern Kommunen eigene Einrichtungen schaffen müssten, um die Versorgung von älteren Menschen zu gewährleisten.

Frau Pfaff verweist auf die Homepage des Bundesministeriums für Forschung und Bildung und zitiert, „dass die Folgen des demografischen Wandels erst im Jahr 2020 und später spürbar werden“. Fraglich sei, warum die städtische Bedarfsplanung diese Tatsache nicht aufgegriffen habe. Sie regt daher an, die Planungen zukünftig weitreichender zu gestalten.

Frau Osei nimmt diesen Hinweis ebenfalls auf, und weist auf die geburtenstarken 1960-er Jahre hin. Hier sei in jedem Fall ab 2030 mit einer regelrechten Explosion des Bedarfs zu rechnen. In diesem Zusammenhang erkundigt sie sich auch, inwiefern die Stadt Bielefeld proaktiv auf eventuelle Träger zugehen könnte.

Frau Bueren merkt dazu an, dass dies –insbesondere im Bereich der Tagespflege- möglich sei.

Auf Nachfrage von Frau Pfaff weist Frau Bueren darauf hin, dass ab jetzt in jedem Jahr ein Bericht zur verbindlichen Bedarfsplanung gefertigt werde.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, die Bedarfsplanung für stationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen in Bielefeld für die Jahre 2015 bis 2017 zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

**"Ausweisung von Konzentrationszonen für
Windenergieanlagen im Stadtgebiet"**

- Entwurfsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1197/2014-2020

Frau Pfaff verweist zu diesem Punkt auf die gemeinsame Sondersitzung am 25.03.2015, in der die Vorlage vorgestellt worden sei. Zudem habe die Fachverwaltung noch eine Nachtragsvorlage gefertigt, die die ursprüngliche Vorlage informell ergänze (*Anmerkung der Schriftführerin: s. TOP 8.1*).

Herr Brunnert stellt fest, dass es sich in Bezug auf den Stadtbezirk Gadderbaum um einen reinen „Ausschluss-Beschluss“ der Bezirksvertretung handele, da hier keine Konzentrationszonen ausgewiesen würden.

Anschließend stellt Frau Pfaff die Vorlage zur Abstimmung und es ergeht folgender

Beschluss:

1. Die 230. Änderung des Flächennutzungsplanes ("Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen im Stadtgebiet") wird gemäß Anlage B.1 als Entwurf beschlossen.
2. Der Entwurf der 230. Flächennutzungsplanänderung ist mit der Begründung sowie den umweltbezogenen Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der Offenlegung sind gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich bekannt zu machen.
3. Parallel zur Offenlage sind gemäß § 4 Abs. 2 und § 4a Abs. 2 BauGB die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu den Entwürfen einzuholen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8.1

**230. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Bielefeld
"Ausweisung von Konzentrationszonen für
Windenergieanlagen im Stadtgebiet"**

- Entwurfsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1197/2014-2020/1

(*Anmerkung der Schriftführerin: Die Tagesordnung ist um diesen Punkt*

erweitert worden; Beschlussfassung s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

Frau Pfaff geht kurz auf die Inhalte der Informationsvorlage ein und erläutert, dass die Potenzialflächen A 4 (in Jöllenbeck) und C1 (in Brake) auf Grund neuer artenschutzrechtlicher Sachverhalte entfallen würden.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Leitlinien internationale Angelegenheiten / Städtepartnerschaften

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1487/2014-2020

Frau Pfaff verweist auf die Beschlussvorlage und betont, dass die Stadtbezirke mit Bestätigung durch den Rat der Stadt Bielefeld zukünftig das Recht hätten, internationale Beziehungen in den genannten Formen einzugehen. Diese internationalen Beziehungen müssten jedoch eigenverantwortlich aus dem Stadtbezirksbudget unterhalten werden. In diesem Zusammenhang erinnert sie daran, dass die finanziellen Mittel des Stadtbezirks Gadderbaum bereits sehr begrenzt seien, was das Eingehen einer Stadtbezirkspartnerschaft realiter unmöglich mache.

Herr Kögler weist darauf hin, dass durch die Schüler-Austausche der v. Bodelschwingh-Schulen bereits viele freundschaftliche Beziehungen international aufgebaut worden seien und auch weiter gepflegt würden. Ggf. könnte man hier anknüpfen.

Herr Brunnert teilt mit, dass er sich seiner Stimme enthalten werde, da die Vorlage für den Stadtbezirk Gadderbaum aus den bereits genannten Gründen nicht von Belang sei. Er sehe insbesondere finanziell keine Möglichkeit, auf Stadtbezirksebene internationale Beziehungen einzugehen.

Daraufhin fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Leitlinien mit Präambel dienen zukünftig als Grundlage für die internationale Zusammenarbeit.

1 Ja-Stimme
10 Enthaltungen

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 10 Handy - Parken in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1502/2014-2020

Frau Pfaff verweist auf die Vorlage.

Frau Osei spricht sich für das sog. Handy-Parken aus und merkt an, dass die Einführung sicherlich förderlich für das Image der Stadt Bielefeld als innovationsfreudig und fortschrittlich sei. Darüber hinaus erkundigt sie sich nach den anfallenden Kosten und ob eine parallele Nutzung der Parkscheinautomaten weiterhin möglich sei.

Herr Hellermann merkt dazu an, dass rund 10.000 Euro für die Einrichtung des Programms durch den städtischen Informatikbetrieb und die entsprechende Beschilderung (Aufkleber mit Angabe der Parkzone an beispielsweise Parkautomaten und Hinweisschildern) anfallen würden. Diese würden aus dem Budget des Amtes für Verkehr bestritten. Darüber hinaus entstünden keine Folgekosten.

Die Parkscheinautomaten könnten selbstverständlich weiterhin wie gewohnt genutzt werden.

Auf Nachfrage von Frau Pfaff erläutert Herr Hellermann, dass die Einführung des Handy-Parkens nur innerhalb der städtischen Parkraumbewirtschaftung geplant sei. Die Ortschaft Bethel –mit ihren dazugehörigen eigenen Parkplätzen- sei davon nicht betroffen.

Herr Heimbeck merkt an, dass das geplante Verfahren insbesondere für gehbeeinträchtigte Personen von Vorteil sei, da der nächste Automat nicht erst fußläufig aufgesucht werden müsse und befürwortet die Einführung der Plattform-Lösung.

Alsdann fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss zu beschließen; Handy-Parken in Bielefeld als Plattform-Lösung einzuführen.

- einstimmig bei 3 Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 Verkehrsregelungen zu Parksituationen in „engen Straßen“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1604/2014-2020

(Anmerkung der Schriftführerin: Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt; Beschlussfassung s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

-.-.-

Zu Punkt 12 Verwendung der Sondermittel des Stadtbezirks Gadderbaum in 2015

Frau Pfaff verweist auf den Antrag des SV Gadderbaum 08 e.V., der bereits in der letzten Sitzung am 30.04.2015 verteilt worden sei.

Nach kurzer Diskussion, an der sich die Mitte der Bezirksvertretung beteiligt, wird festgestellt, dass es bis zum Ende des Jahres noch weitere Antragsteller geben könnte und dass den antragstellenden Institutionen meist eine Summe i. H. v. 300 – 500 Euro zugesprochen würde. Es wird indes auch zur Kenntnis genommen, dass der SV Gadderbaum einen starken Mitgliederzugang im Kinder- und Jugendbereich verzeichne, und dass die Spielbekleidung dringend benötigt würde.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt dem SV Gadderbaum 08 e.V. aus den bezirklichen Sondermitteln 2015 560 Euro als Zuschuss für die Anschaffung von Spielbekleidung.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 Zurverfügungstellung einer Geschwindigkeits-Anzeigetafel für den Einsatz im Stadtbezirk Gadderbaum - Mögliche Einsatzstandorte

Herr Heimbeck merkt zu dem mit den Sitzungsunterlagen versandten Vermerk über die projektbezogene Sitzung „Verkehr“ am 19.05.2015 an, dass er unter den Anwesenden nicht mit aufgeführt worden sei.

Frau Herting schlägt vor, die ursprüngliche Liste möglicher Einsatzstandorte für das Display um die Straßen Kantensiek, Langenhagen und Grenzweg (in Höhe der Betheler Kinderkliniken) zu ergänzen.

Herr Spilker bittet darum, die Straße Johannistal mit aufzunehmen.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bestimmt folgende Einsatzstandorte für das Aufstellen einer Geschwindigkeits-Anzeigetafel

- Deckertstraße
- Dornberger Straße
- Eggeweg
- Grenzweg
- Haller Weg
- Hohenzollernstraße (bergabwärts)
- Johannistal
- Kantensiek
- Langenhagen
- Quellenhofweg

und bittet die Fachverwaltung um zeitnahe Mitteilung, wann das Display aufgestellt wird.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14**Empfehlungen der Projektgruppe "Spielplatzbereisung"**

Frau Pfaff berichtet von der Spielplatzbereisung am 13.05.2015 und den Handlungsempfehlungen, die die Projektgruppe als Ergebnis ausgesprochen habe:

1. *Spielplatz am Eggeweg: Aufstellen einer sog. Doppel-Schranke, um das unbefugte Parken von KFZ im Zugangsbereich des Spielplatzes zu verhindern.*
2. *Spielplatz Ellerbrocks Feld: Anpflanzung von schattenspendenden Bäumen im Bereich der Sandspielfläche*
3. *Bolzplatz Hohenzollernstraße: Rückbau des Platzes sowie Entfernen der beiden noch dort stehenden Tore, sowie Neupflanzung von Obstbäumen*
4. *Spiel- und Bolzplatz Altbethlehem: Austausch der Fußballtore durch die Tore vom aufzugebenden Bolzplatz Hohenzollernstraße, sowie das Aufstellen von zwei Bänken und einem Abfalleimer am Randbereich des Spielgeräts*

Da die Mitglieder der Bezirksvertretung hier teilweise noch Beratungsbedarf sehen, bitten sie um Zusendung des Vermerks über die Ergebnisse der Bereisung per E-Mail, um in der nächsten Sitzung zumindest über die Punkte 2-4 erneut zu beraten.

Anschließend ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Fachverwaltung, folgende Maßnahme umzusetzen:

Spielplatz am Eggeweg: Aufstellen einer sog. Doppel-Schranke, um das unbefugte Parken von KFZ im Zugangsbereich des Spielplatzes zu verhindern und um herauslaufende Kinder vor dem Verkehr zu schützen

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 15 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 15.1 Freibad Gadderbaum - Aktueller Sachstand

Frau Pfaff zeigt Fotos vom aktuellen Stand der Arbeiten auf dem Gelände und kündigt an, dass es am 18.Juni auf Betreiben des Fördervereinsvorstandes ein Gespräch mit der Bielefelder Bäder und Freizeit GmbH (BBF) geben werde. Inhaltlich ginge es um angekündigte Streichungen außerhalb der Technik- und Gebäudesanierung. Zur Disposition stünden das Volleyballfeld, die Kinderrutsche und die Gestaltung des Kleinkinderbereiches. Bedauerlicherweise seien die vorhandenen Spielgeräte entsorgt worden, obwohl sie noch TÜV-Abnahme hatten und hätten weiter verwandt werden können. Der Förderverein des Freibades sei nun gefordert, dort zu investieren und werde vermutlich in einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung einen entsprechenden Antrag auf Sondermittel stellen.

Im Übrigen teile die BBF mit, dass die gegenwärtigen Arbeiten am Bad im Zeitrahmen liegen würden. Nach der Sommerpause erfolge dann eine Berichterstattung in der Bezirksvertretung mit aktuellen Bildern vom Zustand vor Ort.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 15.2 Erhalt der Bürgerberatungsfiliale Gadderbaum

Beschluss vom 19.02.2015:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum beantragt die Erhaltung der

Bürgerberatungsfiliale, ggf. durch Verlagerung weiterer Aufgaben aus der zentralen Verwaltung nach Gadderbaum.

Frau Pfaff teilt mit, dass lt. einer Mitteilung des Bürgeramtes erst im Herbst zu dieser Thematik berichtet werden könne, da zu diesem Zeitpunkt die Ergebnisse aus der Organisationsuntersuchung zur Bürgerberatung und ihren Filialen vorliegen würden.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

